

Oman: Quo vadis Märchensultanat?

Thomas Richter

Sultan Qabus bin Sa'id, Staatsoberhaupt des Oman, hält sich bereits seit Juli 2014 zur medizinischen Behandlung in Deutschland auf. Weder über seinen aktuellen Gesundheitszustand noch über den Zeitpunkt seiner Rückkehr liegen offizielle Informationen vor.

Analyse

Die politische Entscheidungsfindung erfolgt im Sultanat Oman maßgeblich durch den Herrscher. Sultan Qabus, der im Jahr 1970 seinen Vater entmachtet hatte, festigte den Oman als eine autoritäre Monarchie, die bis heute in der arabischen Welt als Synonym für Stabilität und relativen Wohlstand gilt.

- Der Aufstieg des Oman in der Regentschaft von Qabus erscheint märchenhaft. Aus völliger Abgeschiedenheit hat sich das ethnisch und religiös vielfältige Land in den letzten 45 Jahren stabil entwickelt. Es ist zu einem beliebten Tourismusziel und einem angesehenen Vermittler auf internationalem Parkett geworden.
- Dennoch kam es im Frühjahr 2011 auch im Oman zu landesweiten Protesten. Der Sultan reagierte mit einer Strategie aus Zuckerbrot und Peitsche. Zunächst erhöhte er die Löhne, schuf Arbeitsplätze, entließ Minister und erweiterte die Kompetenzen des Parlaments. Im Sommer 2011 begann das Regime allerdings, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Die damals entstandene politisierte Zivilgesellschaft ist deshalb heute praktisch verschwunden.
- Die Herausforderungen, vor denen das Sultanat steht, sind gewaltig: Der drastische Rückgang des Ölpreises im Jahr 2014 wird zu einem massiven Budgetdefizit in 2015 führen. Die Omanisierung des stark von Gastarbeitern geprägten Arbeitsmarktes kommt nur stockend voran. Mit Ausnahme des Tourismussektors gibt es keine überzeugende, vom Öl und Gas unabhängige ökonomische Entwicklungsstrategie.
- Die starke Dominanz von Sultan Qabus macht die bisherige Regierungspolitik und die weitere Entwicklungsfähigkeit stark von seiner Person abhängig. Im Hinblick auf die Machtübergabe an seinen Nachfolger und die Zukunft des Oman sind daher weitere Reformen nötig: Die politische Entscheidungsfindung muss weiter institutionalisiert, die Wirtschaft jenseits der Öl- und Gasförderung gefördert und der Arbeitsmarkt im Privatsektor für Einheimische attraktiver gemacht werden.

Schlagwörter: Oman, Arabischer Frühling, politische Reformen, Monarchie, Sultan Qabus

Der Aufstieg Omans zur Nation

Geografisch besteht der Oman aus vier Teilen: Im Norden liegt das bis zu 3.000 m hohe Hadschar-Gebirge, das im Osten in die dicht besiedelte Batina-Ebene zum Indischen Ozean ausläuft. Im Süden wachsen in der gebirgigen Region Dhofar mit Salala als Zentrum die weltberühmten Weihrauchbäume. Dazwischen liegt ein von verschiedenen Wüstenformationen, unter anderem dem „Leeren Viertel“ (Rub' al-Khali), durchzogenes Plateau. Zum Oman gehört zudem die Exklave Musandam, die als Gebirgsspitze in die Straße von Hormuz hineinreicht und den Persischen vom Omanischen Golf trennt.

Der Aufstieg des Sultanats Oman von einer agrarisch geprägten Stammesgesellschaft hin zu einer urbanen, modernen Gesellschaft ist beeindruckend. Als Sultan Qabus am 23. Juli 1970 durch einen unblutigen Staatsstreich die Macht von seinem Vater übernahm, stand das Land noch unter britischem Protektorat. Im Oktober 1971 erlangte Oman die Unabhängigkeit und trat den Vereinten Nationen bei. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Land weitgehend isoliert und kaum entwickelt. Seitdem nutzte Qabus die Einnahmen aus der Förderung von Erdöl und später Erdgas zur Modernisierung des Landes, zur Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere im öffentlichen Sektor sowie zur gezielten Patronage. Er ließ Straßen und Schulen bauen und das Land bis in den letzten Winkel elektrifizieren. Moderne staatliche Institutionen, ein privater Finanzdienstleistungssektor und eine Reihe industrieller Projekte entstanden.

Die Weltbank führt Oman inzwischen in der Kategorie *high-income countries*. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag im Jahr 2013 bei fast 22.000 USD.¹ Obwohl Oman das ärmste Mitglied im Golfkooperationsrat (GCC) ist, hat es in Bezug auf soziale Indikatoren einen weltweiten Spitzenplatz erreicht. So liegt beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Kindes inzwischen bei über 75 Jahren. Bereits seit einigen Jahren ist die Einschulungsquote bei 100 Prozent und nur noch etwa 15 Prozent der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben.²

1 Zum Vergleich: das BIP pro Kopf in Deutschland beträgt ca. 46.000 USD. Siehe online: <<http://databank.worldbank.org/data/>> (13. Februar 2015).

2 Online: <<https://data.un.org/CountryProfile.aspx?crName=OMAN>> (13. Februar 2015).

Omans multiethnische Gesellschaft

Oman zählte zum Jahresbeginn 2015 offiziell 2,3 Mio. Staatsbürger,³ die unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen angehören. Der ibaditischen Richtung des Islam, zu der sich auch die Familie des Sultans bekennt, gehören 60 bis 70 Prozent der Bürger an; ihr Bevölkerungsanteil soll aber mittlerweile schrumpfen. Oman ist das Hauptsiedlungsgebiet dieser frühislamischen Gemeinschaft, die sich selbst als die älteste Rechtsschule im Islam versteht. Ibaditen siedeln vor allem in den nördlichen Landesteilen, den Gebirgszügen des Hadschar und den westlich und östlich davon gelegenen Ebenen. Innerhalb dieser ethnisch arabischen Gemeinschaft sprechen mehrere Hunderttausend Mitglieder bis heute das in Ostafrika verbreitete Suaheli. Sie sind erst vor wenigen Jahrzehnten vor allem aus Sansibar und Tansania in den Oman zurückgekehrt, wohin ihre Vorfahren seit dem 17. Jahrhundert ausgewandert waren. Eine weitere Bevölkerungsgruppe bilden die arabischen Stämme in den Wüstengebieten südöstlich der Ausläufer des Hadschar-Gebirges, die der wahhabitischen Richtung des sunnitischen Islam angehören. Die Bewohner von Dhofar sind ebenfalls Sunniten, gehören aber überwiegend der schafiitischen Rechtsschule an. Sie sprechen unterschiedliche südarabische Dialekte und waren historisch mit Stämmen im südlichen Teil des Jemen verbunden. Weitere 200-300.000 Omanis sind Nachfahren sunnitischer Einwanderer aus Balutschistan, die von Vorgängern des heutigen Sultans als Söldner ins Land geholt wurden. Vorwiegend in Maskat und der Batina leben weitere Minderheiten: Der Zwölferschia gehören die 20-30.000 indischstämmigen Lawati, die ca. 20.000 persischstämmigen Ajami sowie mehrere Tausend arabischstämmige Baharina an. Bei den Banjar handelt es sich um eine kleinere Gruppe indischstämmiger Hindus. Hinzu kommen etwa 1,8 Mio. Gastarbeiter, vorwiegend aus asiatischen Staaten, Europa und der arabischen Welt.

Die ibaditische Rechtsschule im Islam zeichnet sich durch eine besondere Toleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen aus. Dies erleichterte die friedliche interreligiöse und interethnische Koexistenz, die mittlerweile durch gesetzliche Regelungen gefestigt und Staatsraison des Oman geworden ist. Beispielsweise ist es per Gesetz ver-

3 Angaben online: <<http://www.ncsi.gov.om/>> (2. März 2015).

boten, andere Glaubensrichtungen und Kulturen zu beleidigen. Seit dem Jahr 1997 beruht das Personenstandsrecht auf Prinzipien, die allen islamischen Rechtsschulen gemeinsam sind (Mukhaini 2012). Auch Schulbücher lehren einen ökumenischen Islam, was den im Nahen Osten weit verbreiteten Konfessionshass zwischen Sunniten und Schiiten sowie zwischen Salafisten und anderen sunnitischen Richtungen verhindern soll.

Sultan Qabus: Staat und Regime in einer Person

Sultan Qabus ist der am längsten herrschende Autokrat im Nahen und Mittleren Osten. Im Sommer 1970 hatte der damals 29-Jährige mit britischer Unterstützung in einer unblutigen Palastrevolte seinen Vater Sa'íd bin Taimur gestürzt. Zunächst regierte er gemeinsam mit seinem Onkel Tariq bin Taimur, einem Bruder seines Vaters, und seit Januar 1972 allein.

Qabus erwies sich nach seiner Machtergreifung als geschickter Herrschaftsstratege. Er kümmerte sich persönlich um den von seinem Vater hinterlassenen Konfliktherd in Dhofar im Süden des Landes. So erließ er eine Amnestie für alle Rebellen, was viele von ihnen zur Aufgabe des Aufstands bewog. Britische, jordanische und später auch iranische Truppen unterstützten Qabus, dem es mit militärischer Aufrüstung und einer taktischen Umstellung seiner militärischen Verbände bis Anfang 1976 gelang, die verbliebenen Rebellen zu besiegen. Aufgrund seines persönlichen Engagements als militärischer Oberbefehlshaber – bis heute zirkulieren Fotos mit Aufnahmen des Sultans an der Front in Dhofar – genießt er hohes Ansehen innerhalb der Streitkräfte und in weiten Teilen der Bevölkerung.

Als weitsichtig erwies sich seine Entscheidung, alle im Ausland lebenden und durch seinen Vater marginalisierten Personen und Gruppen ins Land zurückzurufen. Die gut ausgebildeten und berufserfahrenen Rückkehrer wurden direkt in die Verwaltung und in die Entwicklung des Landes eingebunden. Zudem kooptierte er Vertreter der zahlreichen ethnischen und religiösen Gruppen, wichtige Stammesführer und die großen Handelsfamilien und band sie durch Posten im Staat, in der Armee und im Sicherheitsapparat an seine Herrschaft. Im Gegensatz zu den anderen Golfmonarchien verfügt die engere Familie des

Monarchen über relativ wenig systemrelevanten politischen Einfluss.

Qabus verknüpfte wichtige staatliche Symbole mit seiner Person, um eine Einheit zwischen sich als Monarch und dem neuen Oman herzustellen (Chatty 2009). So wurde der Tag seiner Thronbesteigung, der 23. Juli (1970), zum „Festtag der Wiedergeburt“ (*Id an-Nahda*) des neuen Oman erklärt. Bis heute ist sein Konterfeit im Leben eines jeden Omani omnipräsent: Es ziert die Geldscheine des Landes und Poster in verschiedenen Größen in jeder staatlichen Einrichtung und in vielen privaten Geschäften. Der Flughafen und die wichtigste Schnellstraße in Maskat und anderen Städten, die größten Moscheen und Krankenhäuser und die beste Universität des Landes tragen seinen Namen.

Seit dem Jahr 1996 existiert ein durch Qabus erlassenes Grundgesetz, in dem die absolute Macht des Sultans kodifiziert ist. Er genießt umfassende exekutive und legislative Rechte, ist gleichzeitig Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der Streitkräfte, Ministerpräsident, Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister. Er setzt die Minister ein und entlässt sie, ernennt die Staatssekretäre, die wichtigsten Richter des Landes und alle Mitglieder sowie den Vorsitzenden des Oberhauses des Parlaments. Mit dem königlichen Diwan, einer Art Kanzlei, steht ihm außerdem eine kompetente Bürokratie zu Diensten. Ursprünglich nur für die persönlichen Angelegenheiten des Sultans verantwortlich, hat sich der Diwan im Laufe der Jahre in vielen Bereichen (zum Beispiel in Gesetzgebungs- und Planungsprozessen) zu einer Art Superministerium entwickelt.

Diese Politik der Einheit von Sultan und Staat wird seit ca. zwei Jahrzehnten durch eine Kodifizierung des Rechts und die Gründung von Gremien und Institutionen begleitet. Es wurden neue Ministerien, spezielle Komitees, interministerielle Planungstäbe und legislative Institutionen wie ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament etabliert. Dennoch kann der Sultan bis heute Gesetze per Dekret erlassen und Entscheidungen von Regierungsorganen mit einem Veto blockieren. Es gibt de jure keine Möglichkeit, sich seinem Willen zu widersetzen.

Geostrategische Bedeutung

Nicht nur als touristisches Reiseziel hat sich das Sultanat in den letzten Jahrzehnten einen exzellen-

ten Ruf im Ausland erworben. In der internationalen Politik hat sich Oman als diskreter Vermittler in heiklen Missionen einen Namen gemacht. So trugen Gespräche zwischen Iran und den USA, die seit März 2013 unter omanischer Schirmherrschaft in Maskat stattfanden, zu den im Jahr 2014 begonnenen direkten Verhandlungen über das iranische Atomprogramm bei. Aufgrund seiner Lage am südlichen Ende der Arabischen Halbinsel und an der gemeinsam mit Iran kontrollierten Straße von Hormus hat Oman zudem eine herausragende strategische Bedeutung für die Golfstaaten, die in Zukunft weiter zunehmen dürfte. Oman bietet mit seinen Häfen und Landwegen für die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Bahrain, Kuwait und Saudi Arabien mittelfristig eine unersetzliche Transportalternative für Rohstoffexporte und Warenimporte, sollten die Straße von Hormus oder der Zugang zum Roten Meer blockiert sein.

Zusammenfassend lassen sich vier Faktoren für die bis heute stabile Herrschaft von Sultan Qabus anführen: Erstens, seine Reputation als Begründer der modernen omanischen Nation und als Schirmherr der ethnisch-konfessionellen Vielfalt, zweitens seine auf den steigenden Öleinnahmen beruhende erfolgreiche Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, drittens der auf seine Person zugeschnittene Staatsapparat und schließlich viertens seine internationale Reputation als Vermittler und seine nach allen Seiten kooperative Außenpolitik.

Der Arabische Frühling in Oman

Inspiziert von den Ereignissen in anderen arabischen Ländern kam es von Januar bis Mai 2011 auch in Oman zu Protesten. Sie waren über das ganze Land verstreut mit Schwerpunkten in Maskat, Sohar und Salala (Worrall 2012). Nur ansatzweise landesweit koordiniert, entsprangen sie meist einer lokalen Dynamik. Dabei standen Forderungen nach einer Verbesserung der Lebensverhältnisse, nach Arbeitsplätzen und höheren Löhnen sowie Maßnahmen gegen Korruption und Machtmissbrauch der Regierung und der staatlichen Verwaltung im Mittelpunkt. Die vereinzelt in sozialen Netzwerken geäußerte direkte Kritik an Sultan Qabus stellte erstmals in der modernen omanischen Geschichte die Legitimität des bisher als unantastbar geltenden Herrschers infrage (Valeri 2012). Allerdings wurde in Oman nie zum

Sturz, sondern immer nur zur Reform des Regimes (*asch-Scha'b yurid Islah an-Nizam*) aufgerufen.

Der omanische Arabische Frühling begann am 17. Januar 2011 – drei Tage, nachdem Ben Ali in Tunesien gestürzt worden war –, als in Maskat mehrere Hundert Menschen auf die Straße gingen und für höhere Löhne und gegen Korruption demonstrierten. In den darauf folgenden Wochen kam es zu weiteren Sitzstreiks und Demonstrationen im Regierungsviertel der Hauptstadt, die das Regime und die Sicherheitskräfte zunächst geschehen ließen. Die auf Maskat beschränkten Unmutsbekundungen mündeten am 23. Februar in der Übergabe einer Forderungsliste an den Diwan des Sultans (Worrall 2012, 105). Unabhängig davon breitete sich am 26. Februar 2011 in der Industriemetropole Sohar im Norden des Landes eine weitere Protestwelle aus. Die lokale Außenstelle des Arbeitsministeriums hatte zum wiederholten Mal die Forderung junger omanischer Arbeitssuchender aus der Umgebung von Sohar nach Beschäftigung abgewiesen. Wütend brachten sie ihren Unmut zum Ausdruck, woraufhin sie von der Polizei verhaftet wurden.

Einen Tag später begann das Regime mit ersten Reformen. Zunächst bildete Qabus sein Kabinett um und kündigte einen Tag später eine deutliche Erhöhung von Wohlfahrtsleistungen und die Schaffung von 50.000 neuen Arbeitsplätzen an. Am 1. März verfügte er zudem die Schaffung einer Verbraucherschutzbehörde und die Trennung der Staatsanwaltschaft von der Polizei. Zudem versprach er, die Kompetenzerweiterung des Parlaments zu prüfen. Am 5. und 7. März folgte eine weitere Kabinettsumbildung – die umfangreichste seit über 40 Jahren. Dabei entließ Qabus dann auch eine Reihe von bisher prominenten Repräsentanten des Regimes wie den langjährigen Wirtschaftsminister Ahmad Bin Abd Al-Nabi Makki, eine Hassfigur für viele Demonstranten.

Die Proteste in Sohar konnten durch diese Maßnahmen zunächst nicht eingedämmt werden. Dort kam es zur Plünderung eines großen Supermarktes und zur Blockade des Industriehafens. In den darauf folgenden Tagen fanden täglichen Kundgebungen von mehreren Tausend Personen auf dem größten Kreisverkehr statt. Erst das Eingreifen der Armee beruhigte vorläufig die Lage. Der blockierte Kreisverkehr und der Hafenzugang wurden geräumt, die Rädelführer festgesetzt und für mehrere Tage Straßensperren und Kontrollpunkte in der ganzen Stadt errichtet.

Offiziellen Angaben zufolge kam es während dieser ersten Protestwelle in Sohar zu einem Toten und bis zu 20 Schwerverletzten.

Als Reaktion auf die für Oman außergewöhnliche Gewalteruption in Sohar begannen zunächst in Maskat und später auch in anderen Städten neue Protestwellen. Meist in Form von Sitzstreiks wurde friedlich vor staatlichen Einrichtungen demonstriert – in Maskat beispielsweise vor dem Unterhaus des Parlaments. Zugleich kam es in verschiedenen Unternehmen des Staats- und Privatsektors zu wilden, unkoordinierten Streiks. Trotz der bis Anfang März von Qabus getätigten Maßnahmen, bei denen wichtige frühere Forderungen der Demonstranten aufgegriffen wurden, flammten auch in Sohar ab Mitte März erneut Proteste auf. Am größten Kreisverkehr der Stadt bildete sich wieder ein Protestcamp. Ende März nahm die Armee die bis dahin auf wenige Personen zusammengeschrumpfte Aktivistengruppe fest. Daraufhin kam es am 1. April im Anschluss an das Freitagsgebet erneut zur Gewalt. Mehrere Tausend Demonstranten lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Die Armee rückte zum zweiten Mal nach Sohar ein, errichtete Checkpoints und führte Personenkontrollen durch. Die Anführer wurden festgenommen. Erst nach dieser zweiten Machtdemonstration durch das Regime beruhigte sich die Lage in der nordomanischen Industriestadt.

In Salala im Süden des Landes fanden seit dem 25. Februar kontinuierlich friedliche Protestaktionen direkt gegenüber dem Sitz des Gouverneurs von Dhofar statt. Diese wurden erst am 12. Mai durch die Sicherheitskräfte aufgelöst, nachdem alle anderen Proteste im Land bereits ausgelaufen waren. Dabei wurde die komplette Innenstadt abgeriegelt, alle mobilen Kommunikationssysteme abgeschaltet und sämtliche im Protestcamp verbliebenen Teilnehmer verhaftet. Am darauf folgenden Freitag kam es nach dem Mittagsgebet in Salala zu Straßenschlachten zwischen Demonstranten und den Sicherheitsorganen. Auch hier rückte daraufhin die Armee in die Stadt ein und zeigte einige Tage sichtbare Präsenz. Nachdem in den folgenden Tagen fast alle seit dem 12. Mai festgenommenen Demonstranten wieder freigelassen wurden, erklärten die Aktivisten am 22. Mai die Proteste im Süden des Landes für beendet.

Sultan Qabus und das omanische Regime reagierten auf die Proteste und Forderungen der Demonstranten mit unterschiedlichen Maßnahmen. Viele bezogen sich direkt auf ihre Forderungen: Der

Sultan tauschte fast die Hälfte seines Kabinetts aus und wechselte im Jahresverlauf 2011 und in 2012 auch andere Führungsposten im Staat aus. Der Mindestlohn und staatliche Transferzahlungen wurden deutlich angehoben und formale politische Partizipationsmöglichkeiten erweitert. Im Oktober 2011 fanden die ersten freien Wahlen zum Unterhaus des omanischen Zweikammerparlaments statt. Wenige Tage darauf änderte Sultan Qabus das Grundgesetz. Dem Unterhaus steht seitdem zu, den Regierungshaushalt zu diskutieren, ausgewählte Regierungsmitglieder zu befragen und eigene Gesetzesentwürfe einzubringen.⁴ Parlamentarische Debatten werden seitdem live im staatlichen Fernsehen übertragen. Wenige Wochen später erließ der Sultan zudem ein Dekret zur Neuaufteilung des Landes in elf Gebietskörperschaften und er gab die Gründung von Lokalräten bekannt. Ein Jahr später, im Dezember 2012, wählte die Bevölkerung erstmals deren Mitglieder.

Ein weiteres Element der Herrschaftsstrategie bestand in einer deutlichen Zunahme von Repressionen. Als nach Bekanntgabe der ersten Reformmaßnahmen durch den Sultan Ende Februar und Anfang März einige der Protestcamps weiter bestehen blieben, begannen die Polizei und Armee, diese zu räumen. Führende Köpfe der Protestbewegung und Journalisten wurden gezielt verhaftet und oft auch über die existierenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus festgesetzt. Gesetze wurden verschärft und die Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Bereits im Februar 2011 setzte der Sultan ein neues, schon seit Längerem geplantes Gesetz gegen „Internetkriminalität“ per Dekret in Kraft. Darin enthalten waren schärfere Strafen für „unangemessene“ Veröffentlichungen im Internet. Im Mai 2011 erweiterte der Sultan die Kompetenzen der Polizei, Verdächtige bis zu 15 Tage und bei Staatssicherheitsfragen bis zu 30 Tage in Haft zu nehmen, ohne sie einem Richter vorführen zu müssen. Im Sommer 2011 wurden Hunderte von Aktivisten zu Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren verurteilt. Im Oktober wurde das Strafgesetzbuch ergänzt und das Strafmaß für „staatsfeindliche Aktivitäten“ empfindlich erhöht (Valeri 2015).

Trotz der im Jahr 2011 durch das Regime eingeleiteten Maßnahmen kam es in den folgenden Jahren immer wieder zu sporadischen

⁴ Royal decree 99/2011, online; <www.mola.gov.om/maraseem/948/99-2011.pdf>.

Protestkundgebungen und Streiks im ganzen Land, auch wenn diese nicht mehr die Breite der Bewegung vom Frühjahr 2011 erreichten. Das Regime reagierte wie bisher mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits schüttete es weitere Wohlfahrtsleistungen aus und der Sultan begnadigte im Frühjahr und Sommer 2013 die Mehrheit der bisher verurteilten Aktivisten. Andererseits wurden die Freiräume der im Jahr 2011 ansatzweise entstandenen Zivilgesellschaft Stück für Stück eingeschränkt. Ziel war, zum einen keine Verbindungen zwischen unterschiedlichen Protestgruppen entstehen zu lassen. Beispielsweise wurden im Mai 2012 mehrere Menschenrechtsaktivisten und Anwälte festgenommen, die eine Befragung von etwa 1.000 streikenden Arbeitern auf den inneromanischen Ölfeldern durchführen wollten. Zum anderen sollte deutlich gemacht werden, dass das im Frühjahr 2011 entstandene Klima der Meinungsfreiheit vom Regime so nicht länger toleriert wird. Das vielleicht deutlichste Beispiel war die Verhaftung von Talib al-Ma'mari im August und seine Verurteilung im Dezember 2013 zu vier Jahren Haft. Al-Ma'mari, ein Sozial- und Umweltaktivist aus Sohar, war im Jahr 2011 neu ins omanische Unterhaus gewählt worden und wurde ohne Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität festgesetzt. Heute existiert de facto keine aktive Opposition mehr im Land. Die führenden Köpfe der Bewegung von 2011 sind entweder außer Landes gegangen, sitzen im Gefängnis oder wurden vom Regime mit gut dotierten Posten im Staats- oder Privatsektor ruhig gestellt.

Ökonomische Probleme

Obwohl Oman als erste der Golfmonarchien bereits Mitte der 1990er Jahre eine langfristige ökonomische Entwicklungsstrategie formulierte, sind deren Ziele bis heute nicht verwirklicht. Es ist nicht gelungen, die für Öl-Rentierstaaten typische Abhängigkeit von Öleinnahmen und ausländischen Arbeitsmigranten zu verringern. Das Scheitern wird durch die Entwicklung auf dem omanischen Arbeitsmarkt sichtbar. Obwohl in den vergangenen Jahren aufgrund des Wirtschaftswachstums die Nachfrage nach Arbeitskräften im Privatsektor stieg, sind weiterhin schätzungsweise 15 Prozent der Omanis arbeitslos. Die Privatunternehmen bevorzugen ausländische Arbeitskräfte vor allem aus Indien, Pakistan und Bangladesch, weil sie billiger sind, kaum Arbeitnehmerrechte besitzen

und über eine bessere Arbeitsethik verfügen. Die Mehrheit der Omanis arbeitet hingegen im öffentlichen Sektor, weil dort die Löhne deutlich höher liegen und Arbeitsplätze so gut wie unkündbar sind. Wenn neue Stellen für Omanis geschaffen werden, dann meist nur im Staatssektor und mit der Folge eines weiter steigenden Anteils von Löhnen und Gehältern am Staatshaushalt. Als Ausweg aus diesem Dilemma wäre eine Erhöhung der Löhne im Privatsektor denkbar, um dort die Arbeit für Einheimische attraktiver zu machen. Das würde allerdings Gewinne sinken lassen und trifft daher auf Widerstand. Eine mögliche Subventionierung von im Privatsektor beschäftigten Omanis würde erneut den Staatshaushalt belasten. Oder die Löhne im öffentlichen Sektor müssten gesenkt werden, was sich politisch kaum durchsetzen ließe. Das Regime hat, ähnlich wie andere GCC-Staaten, in der Vergangenheit einen dritten Weg beschritten, indem es für bestimmte Berufe Mindestquoten für den Anteil von Omanis festlegte. Allerdings fehlt für die „Quoten-Omanis“ der Anreiz, sich anzustrengen, weshalb sie von den meisten Betrieben als zusätzliche Belastung angesehen werden.

Der seit letztem Jahr verfallene Ölpreis verdeutlicht die Abhängigkeit von diesem Wirtschaftssektor. Die Entwicklung des Staatsdefizits ist dramatisch. Bisher vorgelegte Budgetzahlen für das Jahr 2015 weisen ein Minus in Höhe von 6,5 Mrd. USD aus. Das sind 21,6 Prozent der Staatseinnahmen und 6 Prozent des BIP. Die Hauptursache dafür liegt im sinkenden Ölpreis. Wären die Preise auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2013 geblieben, hätte der Haushalt in 2015 ein moderates Plus ausweisen können. Es spricht vieles dafür, dass sich das bisher projektierte Defizit weiter erhöhen wird. Schätzungen gehen davon aus, dass die omanische Regierung für das Budget von 2015 mit einem durchschnittlichen Ölpreis von 80 USD pro Barrel kalkulierte (MEES 9.1.2015). Auf dem für das omanische Öl relevanten Handelsplatz, dem Dubai Mercantile Exchange, wurde ein Barrel Öl am 20. Februar 2015 aber nur noch mit knapp 60 USD gehandelt. Man rechnet bestenfalls mit einer Steigerung auf 70 USD bis Ende des Jahres 2015. Bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach staatlichen Wohlfahrtsleistungen und Investitionen ist daher mit einer sich zuspitzenden Lage zu rechnen. Geht man von den aktuellen Reserven der omanischen Zentralbank aus, kann das Sultanat das aktuelle Budgetdefizit nur etwa zwei Jahre lang ohne Aufnahme von Schulden überbrücken.

Perspektiven für den Oman

Das „Märchensultanat Oman“ hat seit dem Jahr 1970 eine atemberaubende Entwicklung vollzogen. Unter Sultan Qabus hat sich das Land aus seiner fast vollständigen Isolation zu einer weithin geachteten aufstrebenden Nation und zu einem verlässlichen internationalen Partner entwickelt. Die personalisierte Herrschaft des populären Sultans, die unter ihm vollzogene Entwicklung des Landes und seine tolerante Religionspolitik haben ein omanisches Nationalgefühl gefördert, das sich um den Landesvater gruppiert. Wirtschaftlich ist Oman mit seiner Versorgungspolitik und einem großen ausländischen Arbeiteranteil ein typischer Rentierstaat der Golfregion, wenngleich in moderateren Dimensionen als die kleineren Golfmonarchien. Die Proteste des Arabischen Frühlings hat das Sultanat mit einer Kombination aus steigenden Wohlfahrtsausgaben, institutioneller Anpassung und Repression bewältigt. Zentrale strukturelle Probleme blieben dabei allerdings ungelöst: Der aktuelle Rückgang der Weltmarktpreise für Öl und Gas und die dadurch sinkenden Staatseinnahmen machten die Abhängigkeit von diesem Sektor mehr als deutlich. Die Omanisierung des Arbeitsmarktes ist ins Stocken geraten.

Das politische System ist weiterhin auf die Person des kinderlosen Sultans zugeschnitten, der gesundheitlich angeschlagen ist und wohl nur noch eine beschränkte Regentschaft vor sich hat. Die Regelung seiner Nachfolge ist ungewöhnlich und muss im Kontext der spezifischen Gegebenheiten des Sultanats betrachtet werden. Im Grundgesetz (Artikel 5 bis 7) ist festgelegt, dass der königliche Familienrat innerhalb von drei Tagen nach dem Ableben des Sultans einen Nachfolger zu bestimmen hat. Wenn ihm das nicht gelingt, ist der nationale Verteidigungsrat zusammen mit den Sprechern der beiden Parlamentskammern sowie dem Vorsitzenden und den beiden ältesten Mitgliedern des Obersten Gerichts beauftragt, einen neuen Sultan einzusetzen. Dessen Name soll in einem bereits vor vielen Jahren von Qabus hinterlegten Brief stehen, den der Verteidigungsrat dann öffnen würde. Mit der seit fast 20 Jahren gültigen Regelung vermied es Qabus, einen Nachfolger öffentlich bekannt zu geben, der ihm irgendwann zum Rivalen hätte werden können. Gleichzeitig zwingt er die königliche Familie, im Falle seines Ablebens zügig einen Konsens herzustellen, da andernfalls Akteure außerhalb

der Herrscherfamilie daran beteiligt wären, ein Familienmitglied zum nächsten Sultan zu küren.

Es ist davon auszugehen, dass sich der Nachfolger zunächst seine persönliche Legitimität erarbeiten muss. Für den Übergang wäre es daher vorteilhaft, wenn die politische Entscheidungsfindung bereits weiter institutionalisiert ist und eine bessere Koordination der Verwaltungsabläufe im Staat besteht. Denkbar wäre, dass der jetzige Sultan einen Premierminister ernannt, der hilft, die Machtübergabe abzusichern. Weiterhin müsste die Legislative gestärkt werden. Bislang ist nur das Unterhaus vom Volk gewählt und die Parlamentarier beider Kammern verfügen über eingeschränkte Ressourcen, um eine von der Regierung unabhängige parlamentarische Arbeit durchzuführen.

Ohne Qabus gäbe es das Sultanat Oman in seiner heutigen Form nicht. Ein Fortbestehen des Landes ohne ihn ist daher für viele Omanis kaum vorstellbar. Andererseits scheinen die politischen Institutionen und Entscheidungsstrukturen sowie der omanische „Way of Life“ des multiethnischen Zusammenlebens auch in seiner Abwesenheit größtenteils zu funktionieren. Der Test, ob sie auch ganz ohne den Sultan nachhaltig stabil sein können, muss allerdings erst noch erbracht werden.

Literatur

- Chatty, Dawn (2009), *Rituals of Royalty and the Elaboration of Ceremony in Oman: View from the Edge*, in: *International Journal of Middle East Studies* 41, 1, 39-58.
- MEES (2015), *Oman Slashes Spending for 2015, But Will More Cuts Be Needed?*, January 9.
- Mukhaini, Ahmad Ali (2012), *Co-Existence with the Other: Oman a Case Study - from De-Facto to De-Jure*, unveröffentlichtes Manuskript.
- Valeri, Marc (2012), *'Qaboos Can Make Mistakes like Anybody Else' - The Sultan of Oman De-Sacralized*, online: <www.jadaliyya.com/pages/index/8430/qaboos-can-make-mistakes-like-anybody-else-the-s>.
- — — (2015), *Simmering Unrest and Succession Challenges in Oman*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Worrall, James (2012), *Oman: The 'Forgotten' Corner of the Arab Spring*, in: *Middle East Policy*, 19, 3, 98-115.

Der Autor

Dr. Thomas Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien.

E-Mail: <thomas.richter@giga-hamburg.de>, Website: <<http://giga-hamburg.de/team/richter>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ die Dynamiken autoritärer Herrschaft vergleichend analysiert. Hier liegt unter anderem ein Schwerpunkt auf den arabischen Monarchien.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2015), Long-Term Monarchical Survival in the Middle East: A Configurational Comparison, 1945-2012, in: *Democratization*, 22, 1, 179-200.

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2014), Durable, Yet Different: Monarchies in the Arab Spring, in: *Journal of Arabian Studies* 4, 2, 163-79, online: <doi:10.1080/21534764.2014.971647>.

Bank, André (2014), *Jordaniens Innenpolitik im Schatten des Islamischen Staates*, GIGA Focus Nahost, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2014), Das Haus Saud und die Wahhabiyya, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64, 46, 3-11

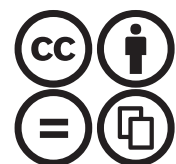
Richter, Thomas (2014), Saudi Arabia – A conservative p(l)ayer on the retreat?, in: Henner Fürtig (ed.), *Regional Powers in the Middle East: New Constellations after the Arab Revolts*, New York: Palgrave Macmillan, 177-190.

Scharfenort, Nadine (2013), *Herrschaftswechsel in Katar – gleicher Kurs oder neue Wege?*, GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Sunik, Anna (2014), *Alte Ziele, neue Taktik – Saudi-Arabiens außenpolitischer Aktivismus*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Kerstin Labusga;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM